

### Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG)

#### Stellungnahme der FDP Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit einer Stellungnahme zum Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG).

Der Kanton Basel-Stadt ist ein Kanton mit einer starken Bildungskultur und Bildungsgeschichte.

Die FDP BS hat ein grosses Interesse daran, dass die Ausbildungsstätten der Region Nordwestschweiz (die Universität und die Fachhochschulen) gefördert werden.

#### *Grundsätzliches zum vorliegenden Entwurf:*

- Die Sicht der Stakeholder, des Abnehmermarktes, der Wirtschaft fehlt im vorliegenden Gesetzesentwurf gänzlich
- Der vorliegende Gesetzesentwurf hat den Fokus vorwiegend auf die inländische Situation gerichtet. Es fehlt unserer Ansicht nach die europäische Optik, die die Bolognaerklärung verlangt, es fehlt die Europakompatibilität der Studienangebote. Themen wie Benchmarking und Mobilität mit europäischen Ausbildungsangeboten sind aus dem Gesetzesentwurf nicht ersichtlich. Eine solche Optik ist insbesondere für Regionen wie die Nordwestschweiz, die einen intensiven Austausch mit dem Ausland pflegt, wesentlich.
- Der Wettbewerb ist nur zwischen inländischen Ausbildungsinstitutionen dargestellt, es fehlt der Wettbewerb (insbesondere der Q-Standards) mit europäischen Ausbildungsangeboten
- Grundsätzlich ist eine gewisse Autonomie der Ausbildungsstätten zu befürworten. Sie sollen marktkompatible Ausbildungsangebote anbieten können.

#### *Fragen:*

1. *Sind Sie mit der generellen Stossrichtung der Vorlage einverstanden?*

Die FDP BS ist mit der generellen Stossrichtung einverstanden. Es stellt sich allerdings die Frage, ob der Gesetzesentwurf dem Unterschied ausreichend Rechnung trägt zwischen Ausbildungen, die zu einer Berufsbefähigung führen und sich stark an die Bedürfnisse der Berufsfelder und des Marktes orientieren sollten und denjenigen akademischer Ausbildungen.

In den Ausbildungen, die zu einer Berufsbefähigung führen, kommt der Autonomie der Fachhochschulen in der Planung der Angebote eine geringere, und dem verstärkten Einbezug von Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft eine grössere Bedeutung zu.

Aufgrund der Auswirkungen auf die Qualität ist es bei den berufsbefähigenden Studiengängen zu überlegen, ob die **Abnehmer (Vertreter der Wirtschaft und des Marktes) in die strategische Planung und Koordination miteinbezogen werden**

(siehe 2). Diesem Punkt muss bei den Vollzugsbestimmungen, d.h. in der Zusammenarbeits-Vereinbarung nach Art. 5, besondere Beachtung geschenkt werden.

2. *Unterstützen Sie die Einrichtung der vorgesehenen gemeinsamen Organe mit den entsprechenden Zuständigkeiten?*

Die FDP BS betrachtet eine vermehrte Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen im Hochschulbereich als sinnvoll und notwendig, daher unterstützen wir auch die vorgesehene Einrichtung gemeinsamer Organe mit den entsprechenden Zuständigkeiten.

Es wäre zu überlegen, ob Vertreter des Marktes nicht in den Innovations- und Wissenschaftsrat Einsitz nehmen sollten.

3. *Sind Sie mit dem vorgeschlagenen Akkreditierungssystem einverstanden?*

Eine Trennung von institutioneller Akkreditierung und Programmakkreditierung erachten wir als sinnvoll.

4. *Welcher der beiden Varianten für die Organisatorin von Akkreditierungsrat und nationaler Akkreditierungsagentur geben Sie den Vorzug?*

Wir erachten eine Trennung zwischen der institutionellen Akkreditierung und der Programmakkreditierung als wichtig.

Die FDP BS bevorzugt Variante 4 im HFKG-Begleitbericht (S. 5), wie auch beide Varianten der Artikel 21 und 22.

5. *Wie beurteilen Sie die gemeinsame strategische Planung und die Aufgabenteilung in den besonders kostenintensiven Bereichen?*

Die FDP BS unterstützt die schweizweite vermehrte Festlegung von Zuständigkeiten und Prioritäten aus qualitativen und wirtschaftlichen Gründen.

6. *Wie beurteilen Sie das vorgeschlagene Finanzierungssystem, insbesondere die Grundsätze zur gemeinsamen Ermittlung des Finanzbedarfs, die Einführung von Referenzkosten und die Ausrichtung der Bundesbeiträge?*

Grundsätzlich erscheint uns das vorgeschlagene System der Referenzkosten sinnvoll, wir erwarten uns davon eine erhöhte Transparenz.

Bei den Ausbildungsgängen die einen hohen Praktikumsanteil beinhalten muss das Gesetz den nötigen Spielraum dafür gewähren, dass die personalintensiven Studiengänge die Betreuungskosten der praktischen Ausbildung („Leistungseinkauf“ bei den Praktikumsbetrieben) bei der Ermittlung der Referenzkosten mit einbeziehen können. Dies scheint mit den Bestimmungen in Art. 41 Abs. 1 und insbesondere Abs. 3 gewährleistet zu sein.

7. *Weitere Bemerkungen*

Die Durchlässigkeit innerhalb des Bildungssystems ist von grosser Bedeutung. Wir

plädieren daher für eine Durchlässigkeit nicht nur zwischen Fachhochschulen und Universitäten (Art. 4, Abs. 1, Bst. c), sondern auch für eine Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen Höherer Fachschule und Fachhochschulen. Neben der gymnasialen Matura und der Berufsmatura muss die Fachmatura weiterhin als Zubringer zu den FH- Studiengängen Gesundheit aufgeführt werden.

Für die Ausbildungsgänge ist ausserdem die Europa-Kompatibilität der schweizerischen Ausbildungen wichtig; der Austausch von Fachwissen und Fachkräfte über die Grenzen hinweg hat für die Weiterentwicklung der Berufe und deren Qualität eine grosse Bedeutung.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

FDP BS